

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Dienstag, 16.02.2016, 18.00 - 19.15 Uhr

Auf Antrag des Stadtverordneten Mathar wurde TOP 3 der öffentlichen Sitzung „Schaffung städtischen Wohnraums für Flüchtlinge“ einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt und zur Beratung in den Bau- und Planungsausschuss verwiesen.

Öffentliche Sitzung:

1. Erhebung von Friedhofsgebühren im Haushaltsjahr 2016

- a) **Neuberechnung kostendeckender Gebühren im Bereich des Friedhofs- und Bestattungswesens**
- b) **Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monschau**

Da in den Fraktionen teilweise noch Beratungsbedarf besteht, erfolgte keine Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt. Die Ausschussmitglieder Kreitz, Mathar, Victor, Krickel und Palm tauschten ihre Einschätzungen zur Kalkulation aus. Die Verwaltung beantwortete Fragen und gab ergänzende Erläuterungen.

Die Verwaltung wird der Bitte nachkommen, ein Friedhofs-Flächenkonzept, bezogen auf die jeweiligen Ortschaften, für die nächsten Jahre vorzubereiten.

2. Satzung für Transparenz und Informationsfreiheit

hier: Antrag SPD-Fraktion vom 27.01.2016

Stadtverordneter Mathar begründete den Antrag der SPD-Fraktion. Man hoffe, hiermit der Wahlverdrossenheit entgegen wirken zu können.

Für ihre Fraktionen sprachen sich auch die Vorsitzenden Kreitz und Krickel für eine größtmögliche Transparenz aus, gaben aber zu bedenken, dass die finanzielle und personelle Ausstattung die vollumfängliche Umsetzung zur Zeit nicht zulasse

. Auch sei abzuwarten, wie sich das Land NRW positioniere.

Es bestand daher Einvernehmen, dieses grundsätzlich zu begrüßende Ansinnen als Prozess und als perspektivisches Ziel zu betrachten.

Einstimmig beauftragte der Haupt- und Finanzausschuss sodann die Verwaltung, zunächst eine Übersicht über die bereits realisierten Veröffentlichungen zu erstellen. Im Anschluss daran soll ein Arbeitskreis gebildet werden, der über die Machbarkeit weiterer Veröffentlichungen berät und zu gegebener Zeit einen auf Monschau bezogenen Satzungsentwurf entwickelt.

3. Führung eines Rechtsstreits mit einem Streitwert über 25.000 €;

hier: Normenkontrollantrag der Gemeinde Simmerath gegen die Stadt Monschau hinsichtlich des Bebauungsplans Imgenbroich Nr. 18-N „Nord-West“

Nach kurzen Statements der Fraktionsvorsitzenden Kreitz, Mathar und Krickel, die alle ihr Unverständnis über das erneute Vorgehen der Gemeinde Simmerath ausdrückten, beschloss

der Haupt- und Finanzausschuss *einstimmig*, nach § 48 Abs. 2 Satz 3 ff GO NRW i.V.m. § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Monschau und die Ausschüsse, in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten und zu entscheiden, ob dem am 02.02.2016 zugestellten Normenkontrollantrag der Gemeinde Simmerath entgegen getreten werden soll.

4. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es wurden keine Anfragen seitens der Ausschussmitglieder gestellt.

5. Mitteilungen der Verwaltung

5.1 Verteilung von Jodtabletten bei einem kerntechnischen Unfall

Bürgermeisterin Ritter verwies auf eine entsprechende schriftliche Anfrage des Stadtverordneten Fichtner zu diesem Thema. Die Verwaltung habe Herrn Fichtner mitgeteilt, dass der Stadt Monschau seitens der Städteregion Jodtabletten übergeben wurden. Eine Verteilung an die Bevölkerung sei zur Zeit nicht möglich, da aktuell nur eine Erlaubnis seitens des Bundes zur Verteilung an die Kommunen ausgesprochen sei. Sollte es bis zur Klärung der Regelung über eine Verteilung zu einem kerntechnischen Unfall mit Freisetzung von radioaktivem Jod kommen, werde im Stadtgebiet Monschau eine Verteilung über die Feuerwehrgerätehäuser erfolgen.

5.2 Folgenutzung Grundschule Imgenbroich

Bürgermeisterin Ritter informierte über den Beschluss des AK Jugendhilfe, die Kindertagesstätte Imgenbroich nach den Sommerferien 2017 in den Räumlichkeiten der Grundschule Imgenbroich weiterzuführen. Ortsvorsteher Weber begrüßte diese sinnvolle Folgenutzung und die Tatsache, dass die Turnhalle den Vereinen und der Bevölkerung weiterhin zur Verfügung stehe.

5.3 Sanierung Rursammler

Ein Gespräch im Umweltministerium am vergangenen Freitag über das Projekt „Sanierung Rursammler“ ist nach Mitteilung der Bürgermeisterin sehr positiv verlaufen. Für die Sanierung bzw. überwiegende Aufgabe des Rursammlers (stattdessen Kanalisation und Hausanschlüsse im Straßenbereich) sei eine Förderzusage erfolgt, und zwar auch für das Umklemen der privaten Hausanschlüsse (50 %).

Ein Ratsbeschluss zur Legitimation des Förderantrages, der bis Ende März eingegangen sein muss, soll in der Sitzung am 23.02.2016 gefasst werden.